



# MEIN BRIEF AUS BERLIN

MICHAEL GROSSE-BRÖMER

Ausgabe 272  
18. Wahlperiode / Nr.52  
18. März 2016

## PROTEST BRINGT UNS NICHT WEITER

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Bewältigung der Flüchtlingskrise fordert uns alle. Bei den Wahlen am Wochenende wurde eine Protestpartei gestärkt, die keine Lösungen für deutsche Herausforderungen bietet. Die politische Situation ist durch die neuen Konstellationen in den Ländern nicht einfacher geworden. Beim Europäischen Rat in Brüssel geht es jetzt darum, die nächste Stufe in Richtung europäischer Solidarität zu erreichen. Dabei haben wir bereits eine Menge geschafft und sollten deshalb nicht verzagen. Die Lösung liegt weiterhin in einem solidarisch handelnden Europa und nirgendwo sonst.

Herzlichst, Ihr

Das Ergebnis der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt hat die etablierten Parteien gewaltig durchgeschüttelt. Zwar war damit zu rechnen, dass die AfD den Sprung in die Parlamente schaffen würde. Doch ein Ergebnis von 24,2 Prozent in Sachsen-Anhalt ist dann doch deutlich mehr als ein Warnschuss. Michael Grosse-Brömer, der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, war am Montag ein gefragter Interviewpartner. Dennoch nahm sich er in Brackel (Samtgemeinde Hanstedt) wohnende Spitzenpolitiker Zeit für ein Gespräch mit WOCHENBLATT-Redakteur Sascha Mummenhoff.

**WOCHENBLATT:** Die CDU hat Stimmen verloren - 12,0 Prozent in Baden-Württemberg, 2,7 Prozent in Sachsen-Anhalt und 3,4 Prozent in Rheinland-Pfalz. Ist das ein Trend, der der Bundespolitik geschuldet ist?

**Michael Grosse-Brömer:** „Auch wenn es bei anderen Parteien teilweise noch schlechter aussieht, können uns die Wahlergebnisse nicht zufriedenstellen. Jede Landtagswahl hat ihre Besonderheiten. Aber sicherlich hat auch die Flüchtlingskrise die Wahlscheidung mit beeinflusst. Faktum ist, es gibt in der Bevölkerung große Zustimmung zur Flüchtlingspolitik, aber es gibt eben auch kritische Bevölkerungsteile im Land, die dieses Thema mit Angst und Sorge beobachten. Die Wahlen haben zu einem Zeitpunkt stattgefunden, wo manches, was wir in Berlin zur Lösung der Flüchtlingskrise schon beschlossen haben, in den Ländern noch nicht umgesetzt

wurde. Hier sind vor allem auch die Länder in der Pflicht, schnell zu handeln.“

**WOCHENBLATT:** Die AfD feiert sich als „neue Volkspartei“.

**Michael Grosse-Brömer:** „Die AfD ist keine Volkspartei, sondern eine Protestpartei. Sie hat in der Flüchtlingskrise mit flachen Parolen existierende Ängste der Bürger weiter geschürt, weil die Bundesregierung nicht innerhalb weniger Wochen eine umfassende Lösung für ein weltweites Problem präsentieren konnte. 70 Prozent der AfD-Wähler halten die AfD selber nicht für lösungskompetent, sondern wollten mit diesen Wahlen nur den anderen Parteien einen Denkzettel verpassen. Den haben wir bekommen. Nun sollten wir überlegen, wie wir die Flüchtlingskrise noch zügiger lösen, den Zustrom weiter verringern und wie wir den Bürgern bisher Erreichtes besser vermitteln.“

**WOCHENBLATT:** Laut einer Umfrage des ZDF hätten mehr als 70 Prozent der AfD-Wähler die CSU gewählt, wenn dies möglich gewesen wäre. Die CSU steht für eine sehr rigide Flüchtlingspolitik. Müssen Sie jetzt einen neuen Kurs einschlagen? Oder anders gefragt: Ist Bundeskanzlerin Merkel verantwortlich für den Stimmenrückgang der CDU?

**Michael Grosse-Brömer:** „Naja, der größte Merkel-Fan Deutschlands, der Grüne Winfried Kretschmann, hat ja gerade mit seiner Unterstützung für den Kurs der Kanzlerin die Wahlen in Baden-Württemberg gewonnen. Genauso Malu Dreyer (SPD) in Rheinland-Pfalz. Wir brauchen in der Flüchtlingskrise noch etwas Zeit, um eine dauerhafte europäische Lösung zu finden.

Daran arbeitet Angela Merkel. Das gefällt nicht jedem. Das hat man auch bei den Wahlen gemerkt.“

**WOCHENBLATT:** Welche Schlüsse ziehen Sie aus dem Wahlergebnis für die Kommunalwahl in Niedersachsen im September?

**Michael Grosse-Brömer:** „Wir müssen den Bürgern noch besser erklären, welche Gesetze wir bereits auf den Weg gebracht haben, um eine Reduzierung des Zustroms der Flüchtlinge zu erreichen. Auch wenn die Zahl der Flüchtlinge ja inzwischen schon deutlich gesunken ist. Und wir müssen darauf hinweisen, dass eine Kommunalwahl in erster Linie eine Persönlichkeitswahl vor Ort ist.“

**WOCHENBLATT:** Die Wahlbeteiligung hat in allen Bundesländern massiv zugenommen. Nur die etablierten Parteien haben davon nicht profitiert. Wie bewerten Sie das?

**Michael Grosse-Brömer:** "Ganz so ist das nicht richtig. Nominal hat auch die CDU mehr Stimmen bekommen als beim letzten Mal. Prozentual hat sich das aber nicht ausgewirkt. Wir sollten allerdings das Wahlergebnis der AfD ernst nehmen. Ich sehe durch die Wahlergebnisse vom Sonntag auch eine Chance, Wähler für die CDU zurückzugewinnen. Für die AfD reicht ab sofort nämlich Populismus nicht mehr aus. Jetzt muss man selbst parlamentarisch Erfolge abliefern. Da warten wir doch mal den Praxistest ab!"

**WOCHENBLATT:** Herr Grosse-Brömer, danke für das Gespräch.

Kreiszeitung Wochenblatt /  
Sascha Mummenhoff

**TERMINAUSWAHL****23.03.2016**

Gespräch mit einer Besuchergruppe aus dem Wahlkreis in *Berlin*.

**01.04.2016**

Neumitgliederempfang und Ehrungsnachmittag des CDU Kreisverbandes Harburg-Land in *Wulfsen*.

**02.04.2016**

Feier anlässlich des 70. Geburtstages des niedersächsischen Landtagsabgeordneten Heiner Schönecke in *Buchholz*.

**06.04.2016**

Einweihungsfeier anlässlich des Anbaus des Krankenhaus Winsen in *Winsen*.

**09.04.2016**

Bezirksparteitag der CDU Nordostniedersachsen in *Wolfsburg / Bergen*.

**13.04.2016**

Gespräch mit Vertretern des Deutschen Roten Kreuzes aus Egestorf in *Berlin*.

**14.04.2016**

Jahresempfang des Deutschen Caritasverbandes in *Berlin*.

**WENIGER BARRIEREN UND MEHR GELD**

In dieser Sitzungswoche beschäftigten sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in erster Lesung mit der Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts. Der von der Bundesregierung eingebrachte Gesetzesentwurf soll Menschen mit Behinderung rechtlich besserstellen. Grundlage für die Weiterentwicklung des sogenannten Behindertengleichstellungsrechts (BGG) ist die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen. Dadurch soll si-

chergestellt werden, dass die Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Alltag verbessert wird. Der Ausbau der Barrierefreiheit in der Bundesverwaltung ist dabei ein wichtiger Schritt. Aber auch der Einsatz leichterer Sprache für Menschen mit geistiger Behinderung soll im stärkeren Maße betrieben werden. Das Verständnis von Behinderung im BGG ist nun entsprechend der VN-Konvention auch nicht mehr defizitorientiert. Dem Gesetz soll ein komplexes Verständnis von

Behinderung zugrunde liegen, das sich aus einem Zusammenspiel vieler Faktoren ergibt. Auch die Durchsetzbarkeit der Rechte von Menschen mit Behinderung soll vereinfacht werden. Dabei fordert die CDU/CSU-Fraktion die Etablierung einer Bundesfachstelle, die sich vielfältig für Menschen mit Behinderung einsetzt. Ab 2017 wollen wir hierfür mehr als eine Millionen Euro jährlich bereitstellen. Für das laufende Jahr 2016 sind eine halbe Millionen Euro vorgesehen.

**EIN KLARES BEKENNTNIS ZU AFRIKA**

Afrika ist ein Kontinent der Chancen und Ideen, aber auch voller Herausforderungen und Konflikte. Viele Staaten weisen zwar Wirtschaftswachstum und Entwicklungsfortschritte auf, andere sind dennoch von zunehmender politischer Instabilität und zunehmender Korruption geprägt. Die CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag hat das Ziel, die enge Zusammenarbeit mit unseren afrikanischen Partnern zu intensivieren. Dabei setzen wir

uns für den Schutz der Menschenrechte und für erfolgreich koordinierte humanitäre Hilfe ein. Auf dem Weg zu mehr Frieden und Demokratie ist die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ebenfalls von großer Bedeutung. Denn dadurch wird auch die erfolgreiche Bekämpfung von Fluchtursachen ermöglicht. Auch bei der Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern setzt die CDU/CSU-Fraktion auf eine wirksame Kooperation, vor allem mit

den politischen Partnern Nordafrikas. Ein weiteres Augenmerk liegt auf der innen- und sicherheitspolitischen Kooperation. Hier muss die Handlungsfähigkeit der afrikanischen Staaten zur Bekämpfung von Krisen und Konflikten mit unserer Unterstützung gestärkt werden. Durch Kooperationen bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Bildungspolitik wollen wir gemeinsam ein nachhaltiges System der Hilfe zu Selbsthilfe etablieren.

**MGB IM GESPRÄCH MIT...**

Foto: © Tobias Koch

... den Schülerinnen und Schülern der Oberschule Salzhausen. Nach ihrem Plenarbesuch nahm sich MGB viel Zeit für die Schüler der neunten Klasse zum gemeinsamen Gespräch und einem Besuch auf der Reichstagskuppel. Sehr interessiert waren die Schüler an den persönlichen Erfahrungen von MGB in der Bundespolitik, seinem Privatleben und der gegenwärtigen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung.